
IPC GASP/GSVP am 4. September 2020

Hintergrundpapier Sitzung II: Wege zur Verteidigungsunion – die strategische Neuausrichtung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU

Die deutsche Ratspräsidentschaft fällt in eine Zeit geopolitischer Veränderungen: die Kräfteverhältnisse der Großmächte USA, Russland und China wandeln sich, die USA stellen ihr Solidaritätsversprechen in Frage, Cyberangriffe und Terror bedrohen die Sicherheit der Menschen in Europa. Was ist die Antwort der EU darauf? Wie schützt sie ihre Bürgerinnen und Bürger?

Unter Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker legte die Kommission im sogenannten Weißbuchprozess ein „Reflexionspapier über die Zukunft der europäischen Verteidigung“ vor. Darin wurden verschiedene Szenarien zur Zukunft der europäischen Verteidigung aufgezeigt: eines beschrieb mehr oder weniger die Beibehaltung des Status Quo mit einer Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung, ein zweites eine „geteilte Verantwortung für Sicherheit und Verteidigung“ zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten und ein drittes eine gemeinsame Verteidigung und Sicherheit wie im Vertrag vorgesehen. Auf Grundlage der globalen Strategie der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik sind die Mitgliedstaaten in den letzten drei Jahren mit Initiativen und Reformvorschlägen erste Schritte in Richtung einer europäischen Verteidigungsunion gegangen. CARD, PESCO und der EDF sollen den Kern der vertieften Kooperation bilden. Mit der jüngst eingerichteten Generaldirektion Verteidigung, der auch die Verwaltung des EDF unterliegt, will die Kommission zudem dazu beitragen, Fähigkeitslücken zu schließen; der fragmentierte Verteidigungsmarkt soll konsolidiert und mehr Synergien geschaffen werden.

Diese Entwicklung will auch die deutsche Bundesregierung während ihrer EU-Ratspräsidentschaft und gemeinsam im Trio mit Portugal und Slowenien unterstützen. Das Ziel: Die europäische Verteidigung komplementär zur NATO, die weiterhin die Säule der europäischen Verteidigung bleibt, weiterzuentwickeln und zu stärken.

Fragen

Wie weit ist die EU bei der strategischen Neuausrichtung der europäischen Verteidigung bereits gekommen und wie könnte die Entscheidung des Europäischen Rates zur europäischen Verteidigungsunion vorbereitet werden?

Wie können sich die Parlamente in die Debatte um den Grad der Integration, den Auftrag und die Aufgaben, die Ausstattung und den Umfang europäischer Streitkräfte einbringen? Wie diese Streitkräfte politisch kontrollieren?

Wer würde über den Einsatz von europäischen Streitkräften entscheiden? Welche Aufgaben übernehmen dabei die Mitgliedsstaatenparlamente und das europäische Parlament? Soll der Einsatz von Streitkräften unter EU-Flagge mit qualifizierter Mehrheit entschieden werden?

Welche Aufgaben sollen europäische Streitkräfte übernehmen (Verteidigung/Intervention/Friedenssicherung)? Wie groß müssten die Streitkräfte sein und welche Ausstattung wäre vonnöten?

Auf welcher rechtlichen Grundlage könnte eine europäische Armee geschaffen werden? Könnten europäische Streitkräfte Teil der GSVP sein oder müssen europäische Verträge verändert werden? Wo müsste Souveränität der Mitgliedstaaten auf die EU-Ebene übertragen werden?

Welche Gründe sprechen für eine Finanzierung auch der militärischen GSVP-Missionen durch die EU-Ebene, welche dagegen?

Welche Form der strategischen Autonomie Europas ist vonnöten? Welche angesichts der gegenwärtigen „inneren Verfasstheit“ der EU realistisch?

Kann eine europäische Armee komplementär zur NATO sein?